



„Verwundbare Menschen sind zentrale Stakeholder, wenn es um Klimaanpassung geht“

Interview zu Sozialen Fragen der Klimakrise

Von Klimafolgen und den Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sind Menschen unterschiedlich stark betroffen. Verwundbare Gruppen laufen Gefahr, noch stärker marginalisiert zu werden. Julia Teebken forscht zu diesem Thema und zeigt im Gespräch mit Amosinternational, warum der Klimawandel als „soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ gilt. Ihrer Ansicht nach liegen die Wurzelursachen von Vulnerabilität nicht allein in natürlichen Gefahren oder Umweltbedingungen, sondern werden vor allem durch soziale, politische und wirtschaftliche Strukturen bedingt. Die Wissenschaftlerin spricht im Interview darüber, welche Möglichkeiten der Finanzierung für Anpassungsmaßnahmen es gibt, auf welche Weise zivilgesellschaftliche Akteure helfen, Orte klimaresilient zu machen und wie Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert werden kann.



Julia Teebken

Amosinternational: Warum leiden vor allem sozial benachteiligte Personen unter dem Klimawandel? Wer ist besonders vulnerabel?

Julia Teebken: Meiner Ansicht nach müssen wir stärker auf die Vulnerabilität politischer Institutionen schauen. Dabei betrachte ich, wie die Verwundbarkeit politisch-ökonomischer Strukturen mit menschlichen Gruppen interagiert. Nach diesem Verständnis liegt die Verwundbarkeit nicht in der (klimasensiblen) Naturgefahr selbst, sondern in den zugrundeliegenden Strukturen von Gesellschaft. In der öffentlichen Wahrnehmung sehr stark verbreitet ist nach wie vor die Ansicht: Eine Naturgefahr wie etwa extreme Hitze trifft

auf Menschen und macht diese verwundbar. Ich schaue mir stattdessen an, wie tief verankert die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sind und spreche dabei von „Wurzelursachen“ der Verwundbarkeit, anhand derer vulnerable Strukturen identifiziert werden können. Beispielhaft zu nennen sind Armut und eingeschränkte Lebensgrundlagen sowie fehlende Existenzsicherung, die Menschen anfälliger gegenüber Krisen machen. Soziale und ökonomische Ungleichheit spielen eine sehr große Rolle und führen letztlich dazu, dass bestimmte Gruppen stärker gefährdet sein können. Was strukturelle Aspekte angeht, sind vulnerable Gruppen Geringverdienende, Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor, von Erwerbs-

armut Betroffene, Alleinerziehende in Sorgearbeit, armutsgefährdete Kinder und junge Erwachsene, Menschen mit Migrationsgeschichte, in peripheren Räumen Lebende, von Altersarmut Betroffene. In einer weiteren Dimension von Verwundbarkeit geht es um den Zugang zu politischen Machtstrukturen. Daran nicht beteiligen können sich sozioökonomisch Benachteiligte, Frauen, die in politischen Entscheidungspositionen weiterhin deutlich unterrepräsentiert sind, Menschen mit Migrationsgeschichte, junge Menschen, Menschen mit Behinderung, LGBTQ-Gruppierungen und weitere marginalisierte Gruppen. Ich schaue mir an, wie diese strukturellen Faktoren der Ungleichheit und Armutsbetroffenheit mit ökologischen

Faktoren zusammenhängen. Es sind räumliche und zeitliche Aspekte, die dabei eine große Rolle spielen. Es gibt zwar übergeordnete Tendenzen, dabei muss jedoch stark lokalspezifisch geschaut werden, wie sich die unterschiedlichen Dimensionen bemerkbar machen.

Sie deuten an: Klimawandel gilt als „soziale Frage des 21. Jahrhunderts“. Warum ist das so?

Der Klimawandel gilt als soziale Frage des 21. Jahrhunderts, weil wir uns über den globalen Durchschnitt erwärmen. Das ist zumindest so für Deutschland festzuhalten, wo die Erwärmung mit 1,7 bis 1,9 °C höher ist als der weltweite Durchschnitt von 1,1 bis 1,3 °C. Das ist deshalb eine große soziale Frage, weil der Klimawandel auf bestehende Ungleichheiten trifft und diese droht zu verschärfen; gleichzeitig verringern bestehenden Ungleichheiten häufig die Kapazität, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Das beeinflusst maßgeblich die Wirksamkeit von Klimaanpassungsmaßnahmen.



Der Klimawandel trifft auf bestehende Ungleichheiten und droht, diese zu verschärfen

Es gilt, ein komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren zu betrachten: Neben ökologischen Faktoren – wie zum Beispiel Extremwetter wie Hitzewellen oder Starkregen – gibt es da strukturelle Aspekte, aber auch räumliche Faktoren wie Bebauung und Raumnutzung sowie kulturelle Aspekte: Wer befindet sich bei einem Starkregen wo, wie und warum? Nichtsdestotrotz sehen wir bei Extremwetterereignissen, dass Standardindikatoren zur Ermittlung vulnerabler Gruppen – wie Alter, Geschlecht, Einkommen – nicht ausreichen, um Verwundbarkeit zu erklären. Im Jahr 2012 gab es einen extremen Starkregen in Peking, wo Studien im Anschluss eruieren haben, wer von der Überflutung

besonders stark betroffen war und gestorben ist. Das waren nicht die älteren Bevölkerungsgruppen, sondern Männer mittleren Alters, die sich zum Zeitpunkt des Starkregens auf dem Rückweg von der Arbeit befanden und in ihren Autos in Tunneln feststecken blieben. Das bedeutet: In Zukunft müssen wir viel weiter gehen als uns personenbezogene Merkmale anzugucken.

Grundsätzlich gilt: Wir müssen uns langfristig fragen: Wer hat Zugang zu gleichwertigen Lebensverhältnissen? Da ist die aktuelle Annahme: Je gleicher eine Gesellschaft ist, desto besser ist sie gewappnet. Aber das allein reicht nicht aus.

Warum ist die Berücksichtigung sozialer Ungleichheiten wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit von Klimaanpassungsmaßnahmen?

Das kann man ganz gut an Beispielen festmachen: Zunächst am Bereich Gesundheit und Wohnen. Eine ältere Person ist von Altersarmut gefährdet. Sie lebt in einer Dachgeschosswohnung, die hitzebelastet und schlecht isoliert ist, kann aber nicht umziehen. Wenn ihr Wohnhaus nun begrünt wird, kann das zu einer Wertsteigerung des Gebäudes führen und letztlich in Verdrängung resultieren. Das muss zwar nicht zwingend der Fall sein, aber es ist ein Beispiel, an dem sich beobachten lässt: Wenn die sozialen Aspekte nicht ausreichend berücksichtigt werden, kann eine Maßnahme, die zur Klimaanpassung gedacht war, am Ende die Verwundbarkeit noch erhöhen – da sprechen wir von Maladaptation (Fehlanspassung).

Im Bereich Arbeit gilt es beispielsweise zu schauen: Welche Menschen arbeiten in Außenräumen und sind dadurch besonderen Belastungen ausgesetzt? Mittel- und langfristig ist ebenfalls zu betrachten, wer von Einkommensarmut betroffen ist und in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeitet, zum Beispiel Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa. Sind diese Per-

sonengruppen vom Arbeitsschutz in Deutschland gut abgedeckt oder muss nachreguliert werden? Solche Menschen, oder Freiberufler sind vom Extremwetterereignissen nämlich stärker betroffen, wenn ein Lohnausfall die Folge dessen ist, oder sie ihre Betriebsgrundlage verlieren.

Wenn wir als drittes Beispiel langfristig steigende Lebensmittelpreise als Folge von Ernteaussfällen nehmen, gibt es bestimmte Personengruppen, die stärker davon betroffen sind, wenn zum Beispiel eine Gurke fünf Cent mehr kostet. Produktionsausfälle aufgrund von bspw. Dürren werden in der Landwirtschaft adressiert, aber treffen die Betriebe auch hier unterschiedlich. Gleichzeitig sind Lebensmittelpreise in den globalen Markt eingebunden. Wenn dieses komplexe Zusammenspiel nicht berücksichtigt wird, kann es dazu kommen, dass manche Menschen sich bestimmte Dinge nicht mehr leisten können und Einkommensverluste in eine verschärfte Bedrohung der Existenzgrundlagen von etwa Kleinbauern resultieren.

Diese verschiedenen sozialen Gerechtigkeitsaspekte müssen berücksichtigt werden, sonst kann sich Verwundbarkeit verschärfen; Menschen, die schon lange marginalisiert sind, erfahren dann eine noch stärkere Marginalisierung. Das berührt die Ebene der Verteilungsperspektive. Ein anderer Punkt ist: Sind diese Gruppen beteiligt an Prozessen, bei denen es um wichtige Entscheidungen geht hinsichtlich der Klimafolgenanpassung? Gibt es in dem Bereich blinde Flecken? Oft werden diese Prozesse von Expert:innen geleitet; jedoch haben lokale – insbesondere auch vulnerable – Bevölkerungsgruppen oft sehr wichtige Wissensstände, die viel stärker in diese Prozesse eingebunden werden müssten. Wenn diese Maßnahmen an den lokalen Bedarf angedockt sind, kann auch die Akzeptanz dieser Maßnahmen steigen.



Was bedeutet für Sie soziale Gerechtigkeit im Kontext der Klimaanpassung? Gibt es Zielkonflikte zwischen beidem? Wie kann Klimagerechtigkeit aussehen?

In der Klimaanpassungsforschung werden vier Dimensionen unterschieden: Das ist zum einen die Verteilungsgerechtigkeit. Dabei geht es darum, welche Gruppen stärker von Klimawandelfolgen betroffen sind, und ob die Vorteile und Lasten von Anpassungsmaßnahmen gerecht verteilt werden. Die zweite Dimension ist die der Verfahrensgerechtigkeit. Diese betrachtet, wer in welchem Ausmaß an Entscheidungsprozessen beteiligt ist. Drittens gibt es die Anerkennungsgerechtigkeit: Welche Gruppen werden anerkannt? Wem wird Verwundbarkeit zugesprochen? Die vierte Dimension ist die der restaurativen Gerechtigkeit, bei der es darum geht, in der Vergangenheit entstandene Schäden auszugleichen. Mit Blick auf diese vier Dimensionen muss man sagen, dass sie unterschiedlich tief verfolgt werden können: Bei dem Fokus auf Beteiligung kann beispielsweise eine Gruppe entweder relativ spät in einem Prozess konsultiert oder schon ganz am Anfang im Rahmen der Ermittlung von Verwundbarkeit einbezogen und als zentraler Akteur gesehen werden. Mit Blick auf Anerkennung und Gerechtigkeit lässt sich oberflächlich bestimmen, welche Gruppen besonders vulnerabel sind; es lässt sich aber noch weiter fragen, was davon strukturell bedingt ist. Wo hat das polit-ökonomische System Prekarität reproduziert? Je nachdem, welche Tiefe ich wähle, gibt es unterschiedliche Handlungsempfehlungen, die sich daraus für politische Maßnahmen ableiten. Im Fall eines Extremereignisses wie zum Beispiel dem Hochwasser in Ahrtal und Eifel gab es zum Beispiel eine einmalige Geldausschüttung für besonders betroffene Personen, aber an der Prekarität hat sich grundsätzlich wenig verändert; es war eine Pflasterlösung. Die Wunde geht viel tiefer. Gemäß einem tieferen Ursachenverständ-

nis müsste daher gefragt werden: Wie ist Vermögen verteilt? Warum sind die Lohnzuwächse für bestimmte Sektoren zu gering? Wie ist es um die Bildungsungleichheit bestellt? Die Fragen tragen zu einem transformativen Ansatz der Klimawandelanpassung bei – hier greifen die meisten Verständnisse noch zu kurz.

Die Zielkonflikte sind aus meiner Sicht noch nicht systematisch erforscht. Es gibt ganz herkömmliche Konflikte, die vordergründig diskutiert werden, zum Beispiel bezahlbares Wohnen vs. klimaresilientes Wohnen; zwischen Begrünung und Nachverdichtung wird großes Konfliktpotenzial gesehen. Ein weiteres Konfliktfeld gibt es zwischen Klimaanpassung und Denkmalschutz: Darf man begrünen oder muss das Gebäude auf eine bestimmte Art und Weise aufrechterhalten werden? Ein weiterer Punkt: Wenn es um Beteiligung geht, kommen oftmals Expert:innen zum Zuge, anstatt Bürger:innen und vulnerable Bevölkerungsgruppen einzubeziehen. Ein anderes Konfliktfeld



Nach meinem Verständnis ist gute Sozialpolitik gute Anpassungspolitik

ist das der Finanzierung, wenn Klimapolitik und Sozialpolitik gegeneinander ausgespielt werden. Nach meinem Verständnis ist gute Sozialpolitik gute Anpassungspolitik. Da gibt es unglaublich viele Synergien, die wir noch besser verstehen lernen müssen. Grundsätzlich gilt, dass Zielkonflikte entstehen, wenn Klimaanpassung kurzfristig, unsozial und exklusiv erfolgt sowie soziale Ungleichheiten nicht adressiert werden.

Extremwetterereignisse nehmen zu. Hochwasser in Eifel und Ahrtal im Jahr 2021, zunehmende Hitzetage oder Waldbrände haben nicht nur ökologische, sondern auch soziale Folgen. Wie können Menschen davon überzeugt werden, dass die Behebung der Schäden aufwändiger ist und mehr Zeit kostet als präventive Anpassungs-Maß-

nahmen, die solche Extremwetter zukünftig verhindern können?

Es gibt sehr viele Ereignisse, die uns ereilen werden und überhaupt nicht mehr abwendbar sind. Am Beispiel Ahrtal sieht man: Es gab dort ein großes Potenzial, anders und widerstandsfähiger wiederaufzubauen; allerdings wurde letztendlich aus kulturellen, politischen, ökonomischen und anderen Gründen viel so zurückgebaut, wie es im Vorfeld war. In meiner Forschung beobachte ich, dass das Soziale immer als ein „Extra“ gedacht wird, als das Add-On von etwas anderem. Doch wenn wir eine zukunftsfähige Klimaanpassungspolitik entwickeln wollen, müssen wir das Soziale in allen Handlungsfeldern ganz zentral stellen – im Sinn einer empathischen Politikgestaltung. Ganz oft verabschieden wir Politikinstrumente mit Blick auf ihre Umsetzbarkeit. Damit doktern wir an bestehenden Ansätzen rum. Das ist kleinschrittig und zäh; langfristig resultiert das in einer Aufrechterhaltung des Status-Quo und einer Verschärfung von Ungleichheiten, die nicht transformativ sind. Wie können wir Politikinstrumente stärker mit Gerechtigkeitsaspekten verzahnen und diese auch sichtbar machen? Welches Instrument hat umverteilende Effekte? Im Zentrum muss das Soziale stehen und um dieses Zentrum herum gilt es, Politik zu gestalten. Darin liegt ein großes Potenzial.

Die steigenden Extremwetterereignisse erfordern schnelle und effiziente Maßnahmen. Wie muss es, insbesondere in Deutschland, mit der Klimaanpassungspolitik weitergehen?

Im Bereich der Klimaanpassung in Deutschland gibt es ein unzureichendes Verständnis darüber, wie transformative Klimaanpassung eigentlich aussehen kann. Zwar entwickeln wir uns derzeit stärker hin zu einem sozialen Gerechtigkeitsverständnis im Rahmen der Klimaanpassung. In dem Bereich tut



sich unglaublich viel; aber eine Menge Maßnahmen, die im Moment entwickelt werden, sind sehr kleinschrittig und reaktiv. Es fehlt ein grundlegendes Verständnis der Ursprünge von Verwundbarkeit. Wenn ich in meinem Ursachenverständnis der Verwundbarkeit nicht tief genug gehe, dann greifen auch die daraus abgeleiteten Maßnahmen für politische Interventionen nur oberflächlich. Wir fokussieren uns immer noch sehr stark auf die Identifikation von Naturgefahren sowie ihr Zusammenspiel und schauen uns Klimawandelfolgen an. Neuerdings gehen wir ein Stück weiter und fragen: Wer ist sozial stärker betroffen? Bisher benennen wir dabei einzelne Personengruppen, schauen aber nicht darauf, wie der Zusammenhang mit Strukturen ist: Wie wird Prekarität reproduziert? Es wäre wichtig, einen Schulterschluss mit sozialpolitischen Akteuren zu forcieren, um zu einem tieferen Ursachenverständnis zu kommen, wie bestimmte Sozialstrukturen mit Klimawandelfolgen zusammenhängen. Da geht es zentral um die Frage, wie es um die Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen in unserer Gesellschaft bestellt ist und dann in diese konfliktanfälligen Themen politisch (noch) stärker reinzugehen. In den Blick genommen müssen im Rahmen von Verwundbarkeitsassessments zukünftig Armut, Ungleichheit sowie eingeschränkte Lebensgrundlagen, weil damit eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber klimasensiblen Natur- und Umweltgefahren korrespondiert. Aus einem solchen tieferen Ursachenverständnis lässt sich letztlich ein besseres Zielverständnis transformativer Anpassung ableiten.

Als eines der ersten Länder der EU verfügt Deutschland seit 2008 über eine „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“. Im November 2023 wurde das Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAN-G) verabschiedet. Wie sieht es mit der Umsetzung und Weiterentwicklung dieses Gesetzes aus?

Grundsätzlich ist positiv hervorzuheben, dass Deutschland ein Land ist, das über ein eigenes Klimaanpassungsgesetz verfügt. Darin beschlossen wird eine vorsorgende Anpassungsstrategie mit messbaren Fortschrittszielen. Alle vier Jahre wird diese Strategie fortgeschrieben. Neu ist, dass alle Handlungsfelder und Cluster mit messbaren Indikatoren unterlegt werden müssen – bis auf das Aktionsfeld „Sozialgerechte Anpassung“. Neu ist auch, dass



Eine wichtige Frage ist, inwiefern Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert werden kann

die Länder und Kommunen verpflichtet werden, eigene Klimaanpassungsstrategien zu entwickeln, die auf einer Klimarisikoprüfung basieren. Länder haben eigene vorsorgende Anpassungsstrategien bis zum 31. Januar 2027 vorzulegen, und Kommunen gemäß der Fristsetzung durch die Länder. Dadurch wird eine Verbindlichkeit geschaffen. Es werden nun neben Ländern auch Kommunen gesetzlich verpflichtet, auf Grundlage von Risikoanalysen, eigene Klimaanpassungskonzepte zu erarbeiten oder bestehende zu aktualisieren. Viele Länder und Kommunen machen das bereits. Aktuell interessant an der Debatte ist die Frage – aufgrund der Finanzierungsdefizite mit denen das Politikfeld konfrontiert ist –, inwiefern die Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung im Grundgesetz verankert werden soll. Dadurch könnte die gemeinschaftliche Finanzierung von Bund und Ländern gestärkt werden und vermieden werden, dass der Bund an den Ländern vorbei finanziert. Die Finanzierungslücken im Haushaltsplan wird diese Maßnahme jedoch auch nicht adressieren.

Mit Blick auf das Aktionsfeld „Sozialgerechte Anpassung“ gibt es vielfältige Gründe, warum dort keine Indikatoren und Ziele formuliert wurden. Zu methodischen Gründen kommt hinzu, dass wir aktuell noch nicht gut ver-

stehen, was geeignete Indikatoren und Zielgrößen wären. Wie lässt sich soziale Gerechtigkeit im Kontext von Klimaanpassung operationalisieren, um die Bedarfe vulnerabler Gruppen auch systematisch zu erfassen und an der Wurzel zu adressieren, ohne dabei zu stigmatisieren und weiter zu entmächtigen? Bei diesem Aktionsfeld sind wir also noch relativ am Anfang. Gleichzeitig ist die Finanzierungsfrage sehr zentral: Kann ich von einem Politikfeld, das ein Querschnitt entlang aller Sektoren menschlichen Lebens ist, jedoch nur mit sehr begrenzten Ressourcen ausgestattet ist, erwarten, soziale Gerechtigkeit an der Wurzel zu adressieren? Schließlich sind vor diesem Politikfeld schon Sozialpolitik und Bildungspolitik daran gescheitert.

Das KAN-G formuliert auf die soziale Dimension hin das Ziel der „Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ sowie die Verhinderung der „Zunahme sozialer Ungleichheiten durch die negativen Auswirkungen des Klimawandels“. Wie konkret können diese Ziele erreicht werden?

Da gibt es sowohl niedrigschwellige Optionen als auch tiefergreifende Hebel. Niedrigschwellig ist die Ermittlung von Verwundbarkeit marginalisierter Gruppen und die sich daraus ergebenden Bedarfe der Klimaanpassung. Anschließend werden Maßnahmen identifiziert und umgesetzt. Diese werden dann überprüft und etabliert. Somit greift das strukturelle Ursachenverständnis sozialer Disparitäten ganz konkret. Tiefergehend wird das Zusammenspiel unterschiedlicher Politikerebenen wesentlich. Dabei spielen die Länder eine stärkere Rolle in der Finanzierung lokaler Klimaanpassung. Auf Bundesebene haben wir natürlich auch Förderrichtlinien, die von der lokalen, kommunalen Ebene verwendet werden, zum Beispiel zur Klimawandelanpassung in sozialen Einrichtungen. Wenn es um eine noch tiefgreifendere Finanzierung geht, müssen wir uns fragen, wie wir – neben kurzfristi-

gen, projektbasierten Geldern – die Finanzierung auskömmlicher und auch langfristig nachhaltiger gestalten. Dazu müssen wir aus meiner Sicht in ganz andere Töpfe greifen. Wir haben uns gerade angeguckt, was vermögensbezogene Steuern für die Klimaanpassung tun können. Aus unserer Sicht bieten vermögensbezogene Steuern nicht nur die Möglichkeit, bestehende Ungleichheiten zu adressieren, – die oft eben durch Klimawandel und bisherige Klimapolitik letztlich ausgelöste Verteilungseffekte noch verschärft werden –, sondern sie lenken auch den Fokus vor diesem Hintergrund auf die notwendige Politisierung von Klimaanpassungsmaßnahmen, also auf ein produktives Terrain, auf dem die Wurzelursachen der Verwundbarkeit adäquat abgewendet werden können. Gleichzeitig können vermögensbezogene Steuern auch dringend benötigte Mittel für sozial gerechte Anpassungsmaßnahmen und sozial-ökologische Transformation leisten. Wir müssen kreativer werden und außerhalb der „Anpassungs-Box“ denken, was bisherige Politikinstrumente angeht; im Sinn sozialer Stratifizierung und Ungleichheitsforschung gibt es ganz andere für die Klimaanpassung sehr interessante Politikinstrumente, welche die Lösung der Wurzelursachen finanzieren und Finanzierungsdefizite anders ausgleichen zu können.

Die Gewerkschaften bemängeln, dass im KANg die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeitswelt und entsprechende Anpassungen nicht adressiert werden. Wie können Klimaanpassungsmaßnahmen im Betrieb aussehen?

Grundsätzlich neu ist das Querschnittsfeld „Vulnerable Gruppen oder Arbeitsschutz“. Interessant ist, dass es ein „oder“ und kein „und“ geworden ist. Im Arbeitsschutz tut sich etwas, und es gibt neue Projekte und Studien. Eine Studie unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen besonders betroffenen Branchen und Arbeitsstätten im

Freien und im Innenraum.¹ Im Freien arbeiten deutschlandweit 7,2 Millionen Beschäftigte.² Bestimmte Sektoren sind dabei anfälliger als andere. Arbeitende in der Land- und Forstwirtschaft, in Verkehr und kritischer Infrastruktur (z. B. Müllwerker) oder im Bauwesen sind einem erhöhten Gesundheitsrisiko durch Extremwetterereignisse sowie UV- und Pollenbelastung ausgesetzt. Daneben sind auch Innenarbeitsplätze betroffen, zum Beispiel Hitzearbeitsplätze in der Metallverarbeitung, öffentliche Schulen, in denen es streckenweise 37 Grad heiß ist. Inwiefern können da Anpassungen vorgenommen werden? Gleichzeitig befindet sich Arbeit – auch im Zuge sozial-ökologischer Transformation – sehr stark im Wandel. Es gibt beispielsweise mehr Umweltberufe in denen Menschen tätig sind, bei denen ebenfalls geguckt



Vermögensbezogene Steuern können dringend benötigte Mittel für sozial gerechte Anpassungsmaßnahmen und sozial-ökologische Transformation bieten

werden muss, ob es neue Herausforderungen für die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten gibt. Es gibt bereits eine Vielzahl an Anpassungsmaßnahmen: wie etwa Raumplanung und bauliche Veränderungen, auf der rechtlichen Ebene sind das bspw. Gesetze im Bereich Arbeitsschutz und Gleitzeit, verhaltensbasierte Maßnahmen inkludieren erweiterte Trinkpausen oder hitzegerechte Kleidung, kulturell-informell durchgeführte Praktiken inkludieren Siesta oder ein eigenständig

durchgeführter früherer Arbeitsbeginn im Sommer. Grundsätzlich geht es in dieser Debatte noch sehr stark darum, die Arbeitsqualität zu erhalten und den Arbeitsplatz selbst klimaresilient zu machen, um die Performativität zu gewährleisten, und weniger um den Zugang zu sicheren und gesicherten Arbeitsverhältnissen etwa im Sinn fairer, angemessener Entlohnung, unbefristeter Verträgen, etc. Die Stadt Valencia ist da ein sehr spannendes Beispiel, weil dort deutlich wurde, dass Menschen trotz einer extremen Warnung zur Arbeit gefahren sind, weil sie den Arbeitsausfall finanziell nicht kompensieren konnten oder Angst hatten, ihren Job zu verlieren. Strukturell langfristig ist zu schauen, wie die negativen Auswirkungen prekärer Arbeitsverhältnisse – wie befristete Verträge oder Subunternehmertum – politisch reguliert und minimiert werden können. Das BMAS hat aktuell ein neues Vorhaben „Arbeit sicher und gesund“, um letztlich vor dem Hintergrund multipler Krisen Strategien der Bewältigung zu identifizieren.³ Wir nähern uns also an; inwiefern das Vorhaben Aspekte prekärer Arbeit aufgreifen wird, ist offen. Es gibt noch sehr viel zu tun.

Klimaanpassung hat verschiedene Handlungsfelder. Prioritär ist dabei klimaangepasster Städtebau und Isolierung von Gebäuden. Wer trägt die Kosten?

Die Kosten für den klimaangepassten Städtebau werden grundsätzlich von verschiedenen Akteuren getragen, also Bund, Länder, Kommunen, zum Teil auch private Investitionen. Insgesamt liegt der Fokus sehr stark auf Umset-

¹ Bühn, S./Voss, M. (2023): Klimawandel und Gesundheit – Auswirkungen auf die Arbeitswelt: Gutachten, online auf: https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/fileadmin/PDFs/klug-gutachten-klimawandel-und-gesundheit-auswirkungen-auf-die-arbeitswelt_stand-feb-2023.pdf.

² Schoierer, J., et al. (2021): Hitzebelastungen im Arbeitssetting: die Sicht der Arbeitsmedizin. In: Günster, C., et al. (Hg.): Versorgungs-Report: Klima und Gesundheit. Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 89–104, online auf: <https://www.mwv-open.de/site/chapters/e/10.32745/9783954666270-7/>

³ <https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/klimawandel>



zung durch Regierungsakteure. Aus meiner Sicht wäre es auch interessant zu gucken, inwiefern regulatorische Rahmenbedingungen gesetzt werden können, um privates Kapital zu mobilisieren und etwa größere Wohnungsbauunternehmen so zu verpflichten, dass diese Kosten von ihnen zu übernehmen sind und wichtig: im Anschluss aber nicht auf die Mieter:innen umgewälzt werden können.

Heizen ist in Deutschland weitgehend etabliert; warum verhält es sich mit dem Recht auf kühlen Wohnraum nicht genauso? Wie wäre es zum Beispiel mit einem Gesetz, bei dem Mieter:innen ab 25 Grad Innentemperatur keine Miete mehr zahlen müssen?

Klimaanpassung ist eine Gemeinschaftsaufgabe staatlicher und nichtstaatlicher Akteure. Wie schätzen Sie die Rolle der Zivilgesellschaft ein, wenn es darum geht, politischen Druck für bessere und effizientere Anpassungsstrategien auszuüben? (z. B. Klima-Allianz Deutschland)

Die nichtstaatlichen Akteure spielen aus meiner Sicht eine ganz zentrale Rolle. Aus Forschungsperspektive schauen wir uns an, wo der Wandel herkommt und welche Akteure welche Rolle dabei spielen. Soziale Bewegungen haben das Potenzial, Druck auszuüben. Sie sind außerdem sehr vielschichtig. Zum Beispiel hat die Klimaallianz am Forderungspapier mitgewirkt, Klimaschutz und Klimaanpassung als neue Gemeinschaftsaufgabe in Art. 91a des Grundgesetzes aufzunehmen. Um solche Diskursräume zu öffnen, spielen NGOs eine große Rolle. Auch Kommunikationsformate durch Akteure wie Klimafakten sind ganz entscheidend, wenn es darum geht, Forschungsergebnisse an die breite Öffentlichkeit zu vermitteln. Verglichen mit Ländern des Globalen Südens haben wir es als Gesamtgesellschaft in Deutschland aber noch nicht verstanden, wie wir uns auf an die veränderten Bedingungen anpassen müssen. Auf lokaler Ebene oder auf Nachbarschaftsebene passen sich die Menschen schon

sehr konkret an Klimawandelfolgen an – individuell oder durch gemeinsame Praktiken. Dort gibt es Initiativen, die sich dem Thema stärker annehmen, wie die „Mach mal Platz“-Initiative in Wedding,⁴ die einen sehr hitzebelasteten Platz klimaresilient gestaltet, um das thermische Wohlbefinden und die gemeinschaftliche Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Auch in Kleinstädten in Südbrandenburg gibt es vielfältige Anpassungsexperimente durch zivilgesellschaftliche Initiativen. Ich beobachte auch, dass sich immer mehr soziale Träger deutschlandweit diesem Thema annehmen, wie zum Beispiel der Paritätische, Diakonie und Caritas.



Verwundbare Menschen sind zentrale Stakeholder, wenn es um Klimaanpassung geht

Warum muss erfolgreiche Klimapolitik maßgeblich vor Ort, in den Kommunen passieren? Wie kann Klimaanpassung partizipativer gestaltet werden, so dass alle Personengruppen in die Prozesse einbezogen werden können?

Man muss grundlegend mit der Annahme aufräumen, dass vulnerable Menschen keine Stakeholder sind. Mit dieser Annahme verbunden erfolgt oft eine starke Stigmatisierung. Verwundbare Menschen sind ganz zentrale Stakeholder und wichtige Wissensträger:innen und müssen als solche in Prozesse der Klimaanpassung eingebunden werden. Sie bringen Wissen mit, wo Expert:innen teilweise blinde Flecken haben. Berücksichtigt werden muss aber, dass ein solches Ehrenamt sehr herausfordernd ist. Hat beispielsweise eine überlastete Alleinerziehende am Ende des Tages noch die Kapazität, lokale Klimaanpassungsstrategien zu beraten? Da müsste überlegt werden, wie das finanziell kompensiert werden kann und/oder das Wissen solcher Personen über Multiplikator:innen als Zwischenschnittstelle einzuholen. Gute Erfahrungen haben wir im transdiszi-

plinären GoingVis-Projekt mit aufsuchender Beteiligung, Unterstützernetzen und mit Zufalls-Bürger:innen gemacht, die über verschiedene Einblicke vor Ort verfügen.⁵ Beteiligung bedeutet nicht, das Rad immer neu zu erfinden, sondern zu schauen, welche Initiativen und Veranstaltungen es bereits vor Ort gibt und an welche lokalen wichtigen Themen andockt werden kann.

Gibt es gelungene Best-Practice-Beispiele für sozial gerechte Klimaanpassung in Städten oder Kommunen?

Auf kommunaler Ebene nähern wir uns dem Thema an, haben bisher aber nicht die Qualität der Maßnahmen systematisch untersucht. Bisher gibt es sehr niederschwellige Möglichkeiten, Beteiligung umzusetzen: In Lüneburg sind sehr engagierte Leute in der Stadtverwaltung; in Berlin gibt es den Umweltgerechtigkeitsatlas und die Integration sozialer Klima-Projekte im Quartiersmanagement; Recklinghausen hat ein Pilotprojekt, mit vulnerablen Gruppen Schutzkonzepte für Hitzeperioden zu entwickeln. All das ist projektbasiert finanziert. Die Frage ist, wie wir in Zukunft deren Verstetigung leisten, wenn die Finanzierung endet. Es tut sich unheimlich viel auf kommunaler Ebene. Im Sinn der strukturellen Verwundbarkeitsursachen sind wir meiner Ansicht nach aber noch weit davon entfernt, eine sozial gerechte Klimaanpassung zu erreichen.

Werden wir durch die Implementierung der Klimaanpassungsmaßnahmen unser Wohlstandsniveau halten können? Wenn nicht: Wie wird sich das auf ein Wählerverhalten in Hinblick auf rechte Parteien und ihre Versprechen auf ein Leben in Überfluss aus?

Klimaanpassungspolitik ist Sozialpolitik und umgekehrt. Eine Klimaanpassungspolitik, die an den Wurzelursa-

⁴ <https://machmalplatz.org/>

⁵ <https://goingvis.de/>

chen der Verwundbarkeit ansetzt und diese zentral stellt, ist letztlich Wohlstandsaufbau für die gesamte Gesellschaft. Strukturellen Ursachen im Sinn der Prekarität und gleichwertige Lebensverhältnisse müssen adressiert werden – und da gibt es unheimlich große Synergien mit der sozialen Daseinsvorsorge. Ganz oft wird letztere gegen klimapolitische Maßnahmen ausgespielt. Aber nach meinem Verständnis ist soziale Gerechtigkeit der Kernpfeiler einer guten Anpassungspolitik. Das müssen wir stärker etablieren; dazu bedarf es einer engeren Zusammenarbeit der Behörden, zum Beispiel zwischen Sozial – und Klima/Umweltreferaten. Engere, neue Allianzen und Narrative müssen forciert wer-



Soziale Gerechtigkeit ist der Kernpfeiler einer guten Anpassungspolitik

den, etwa im Schulterschluss mit dem DGB und dem BMAS im Fokus, die sich der Frage stärker annehmen müssen. Das sind dann neue Akteure neben

ZUR INTERVIEWPARTNERIN
Julia Teebken, geb. 1988, Dr., ist Politikwissenschaftlerin und Postdoc (forschend und lehrend) am Department für Geographie, Forschungs- und Lehrereinheit „Mensch-Umwelt-Beziehungen“ an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München. Ihre Forschungsschwerpunkte: Ungleiche gesellschaftliche Betroffenheit gegenüber Klimawandelfolgen; Vergleichende Klimaanpassungspolitik; Kritische Policy Analyse; Vergleichende Politische Ökonomie, Politische Ökologie. Veröffentlichungen: (2024) Opportunities and limitations for social justice in Germany's climate adaptation policy, ZPol Zeitschrift für Politikwissenschaft, 34, pp. 231–253. <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00382-w>; (2024): Disrupt and unlock? The role of actors in urban adaptation path-breaking, Buildings and Cities, 5(1), pp. 162–181. <https://doi.org/10.5334/bc.383>; (2024): Vulnerability locked in. On the need to engage the outside of the adaptation box, Global Environmental Change, 85, 102807. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2024.102807>.

den herkömmlichen Umweltbehörden, die zu den sozialen Fragen anders sprechfähig sind. Organisational muss eine holistischere Form des Regierens forciert werden. Eine weitere Frage ist: Welche Instrumente sozial-gerechter Klimaanpassung haben wir für mehr soziale Umverteilung? Da sind wir dann wieder bei der Vermögensbesteuerung: Welche vermögensbezogenen Steuern haben welche Art von umver-

teiler Wirkung? Das muss systematischer in den Blick genommen werden. Wenn die sozialen Fragen der Klimapolitik zentraler werden, kann man dadurch auch den Wind aus den Segeln rechter Kräfte nehmen. Die Klimaanpassung ist besonders prädestiniert, das zu tun.

*Das Gespräch führte
Claudia Schwarz, Münster*

LITERATUR

- Bühn, S./Voss, M. (2023): Klimawandel und Gesundheit – Auswirkungen auf die Arbeitswelt: Gutachten. https://www.arbeit-sicher-und-gesund.de/fileadmin/PDFs/klug-gutachten-klimawandel-und-gesundheit-auswirkungen-auf-die-arbeitswelt_stand-feb-2023.pdf.
- Cappelli, F., Costantini, V., & Consoli, D. (2021): The trap of climate change-induced “natural” disasters and inequality. Global Environmental Change, 70, 102329.

- Ribot, J. (2014): Cause and response: vulnerability and climate in the Anthropocene. The Journal of Peasant Studies, 41(5), 667–705.
- Schoierer, J., et al. (2021). Hitzebelastungen im Arbeitssetting: die Sicht der Arbeitsmedizin. In: Günster, C., et al. (Hg.). Versorgungs-Report: Klima und Gesundheit. Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 89–104, online auf: <https://www.mwv-open.de/site/chapters/e/10.32745/9783954666270-7/>

LINKS ZU INITIATIVEN

- Leuchtturm Louise: <https://leuchtturm-louise.de/>
Platz-B: <https://platzb.de/>
Bär meets Adler e.V., Brandenburg an der Havel: <https://verein.baer-meets-adler.de/>
Mach Mal Platz-Initiative Berlin-Wedding: <https://machmalplatz.org/>

- Praxisleitfaden für inklusive Beteiligung für die Erstellung kommunaler Klimaanpassungskonzepte: Andert, M./Bauer, E./Bäurich, P./Buse, K./Caspari, A./Feller, M. et al. (2023): KlimaVielfalt: Gemeinsam klimafit in die Zukunft. <https://doi.org/10.48548/pubdata-191>